

Gundermanns Seilschaft e.V. und KulturFabrik Hoyerswerda laden ein:

## **Wochenendseminar „Grüne Armee“ vom 15. bis 17. Mai 2009 in der KuFa Hoyerswerda. Mit Exkursion**

Gerhard Gundermann hat in seinen Liedern, Texten und Programmen frühzeitig auf die Klimaproblematik und die Notwendigkeit ökologischer Produktions-, Lebens- und Konsumweisen aufmerksam gemacht. Mittlerweile sind der Klimawandel und seine Auswirkungen Themen in Medien und Politik.



Das Seminar soll über die globale Klimasituation und absehbare Entwicklungen und Probleme informieren und zur Diskussion über die nationale Klimapolitik mit ihren Beiträgen und Grenzen anregen. Die Exkursion wird Einblicke in die Aktivitäten in der Lausitz zur Bewältigung von Umweltschäden und zum Übergang auf alternative Formen der Energiegewinnung ermöglichen. Die TeilnehmerInnen sind eingeladen zum Austausch über Möglichkeiten des eigenen klimafreundlichen Verhaltens.

### **Ablauf und Themenschwerpunkte:**

**Freitag ab 19.00 Uhr:** Begrüßung, Vorstellung der Teilnehmer; Einführung Klimakrise: aktuelle globale Klimasituation und Möglichkeiten der Bewältigung

**Sonnabend 9.30 bis ca. 17.30 Uhr:** Exkursion mit Sebastian Zoepp (SpreeScouts), u.a. mit folgenden Haltepunkten und Themen:

- Tagebauaussichtspunkt Cottbus-Nord: Wirtschaftliche Bedeutung der Braunkohleverstromung
- Lacoma: ökologische und soziale Folgen des Braunkohleabbaus für die Lausitz
- Kraftwerk Jänschwalde: Wege zur klimafreundlichen Kohleverstromung
- Windpark Drehnöw Nord: Auswirkungen Erneuerbarer Energien auf Kommunen – Beispiel Drehnöw
- Solarkraftwerk Turnöw-Preilack: Energie aus der Sonne

**Sonntag, 10.00 bis 12.00 Uhr:** Individuelles Verhalten als klimaverträgliche Konsum- und Lebensweise; Zusammenfassung und Resümee

Das Seminar "Grüne Armee" findet mit freundlicher Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt.

## GRÜNE ARMEE

Unser Feind ist die Wüste  
Gut Freund jeder Baum  
Eine fröhliche Küste  
Ist der Soldatentraum  
Gegen ultraharte Sonne  
Gegen bitteren Schnee  
Unter der Fahne  
Der grünen Armee

Wir flicken das Ozonloch  
Wir filtern den Rhein  
Wir ziehen den Wald hoch  
Wir machen uns klein  
Den Kindern süße Sahne  
Für die Kühe den Klee  
Steht auf der Fahne  
Der grünen Armee

Wir schlachten die Dreckschleudern  
Drüben und hier  
Wo Fabrikbosse meutern  
Dahin kommen wir  
Und wir haun sie in die Pfanne  
Privat und VEB  
Unter der Fahne  
Der grünen Armee

- „Gundermann ist überzeugt, dass der neue Staat „noch mehr pleite“ ist als die DDR es war. demografisch, fiskalisch, na und ökologisch sowieso. „Wir verbrauchen die Ressourcen unserer Enkel - ihr Wasser, ihre Luft und ihre Brennstoffe.“ (Birgit Walter: Mit Gundermann im Benz in den Abgrund fliegen / Berliner Zeitung 21./22. März 1992)

- „Wenn von Braunkohle die Rede ist, dann auch gleich von Schadstoffemission und weggebaggerten Dörfern. Das ist auch alles richtig. Aber in dieser Diskussion wird meist vergessen, dass hier nur ein gut sichtbarer, extrem schmerzhafter Modellfall vorliegt - für eine Konfliktsituation, die auf die Gesellschaft insgesamt zutrifft: Die Menschen, die VON der Industrie leben, können nicht MIT der Industrie leben. Schmerzhaft im Bergbau ist besonders: Alles, was wir verbrauchen, wie es so schön heißt, ist auch verloren. Wenn wir traditionell Energie gewinnen, indem wir Heimat verheizen, ist Wärme gewonnen, aber Heimat verloren. Es tut so weh, weil der Konflikt hier in der Lausitz Mann gegen Mann abläuft: Bergleute, die für ihre Arbeitsplätze demonstrieren, stehen gegen Dörfler, die ihre Lebensplätze verteidigen. Mit Schildern, auf denen drohend steht: Hier Wendestelle für Bagger. Wirklich, das tut weh. Es tut nicht so weh, Bier aus Büchsen zu saufen - weil die Wüsten, die der Bauxitabbau verursacht, sich in Brasilien ausbreiten und auch die industriekranken Kinder, die für fünfzig Pfennig pro Schicht in die Mine gehen, weit weg sind. Also ich bin regelrecht dankbar für den Konflikt hier Mann gegen Mann. Er drückt aufs Bewusstsein. Brasilien drückt auf kein deutsches Bewusstsein.“ (Gerhard Gundermann: Rockpoet und Baggerfahrer. Gespräche mit Hans-Dieter Schütt, Berlin 1999, S. 54/55)

- „Ich weiß, dass Braunkohleförderung eine erd- und menschengeschädigende Arbeit ist, zugunsten eines aktuellen menschlichen Nutzens. Ich bin immer bei dieser Arbeit geblieben, weil ich dachte, diesen Prozess durchziehen sollten solche Leute, die um die schädigende Wirkung wissen, nicht aber solche, denen das scheißegal ist. Deshalb habe ich sozusagen meinen Posten besetzt gehalten, auch wenn ich mich mit meinem Bagger mehr und mehr auf eigene Wohnhaus zubewegte und daheim schon die Fensterscheiben klirrten, wenn ich draußen meine Arbeit machte. Der Bagger verbraucht ja 25 Prozent der durch die Kohleförderung erzeugten Energie selbst, und da kann man viehisch sparen, wenn du das Gerät entsprechend behandelst ... So, um auf den Technologievertrag zu kommen: Nun mache ich also Energie, die gebe ich Leuten, die in ihren Büros unter einer Lampe sitzen, und die sollen nachdenken und zeichnen und Lösungen finden, wie man den Strom auf bessere Weise kriegen kann. Ich fahre also nur so lange Bagger, bis der Technologe unter seiner Schreibtischlampe fertig ist mit seinen Forschungen und Entwicklungsangeboten.“ (ebenda S. 56/57)

- „Im übrigen wird und muss es auf dem Weltmarkt einen Riesendruck geben, der vernünftige Verhältnisse herstellt, will sagen, die Preise für Rohstoffe, Energie, Wasser und Arbeit von schwarzen, roten, gelben Menschen werden sich vervierfachen, und die Preise für die Arbeit von weißen Menschen auf ein Viertel sinken. Das bedeutet das Ende des Wohlstandsgefälles, der daraus resultierenden Völkerwanderungen, das Ende der Wegwerfgesellschaft und den Beginn der Erfindungs-Reparatur-und-Aufhebungsgesellschaft.“ (ebenda S. 60)

- „Wenn wir den Planeten zu sehr belasten, dann wird er uns wieder abschütteln, abschaffen. Es ist nicht entscheidend, ob das Proletariat der Totengräber des Kapitalismus sein kann, aber der Kapitalismus wird der Totengräber der menschlichen Zivilisation sein. Wenn die ihn machen lässt.“ (ebenda S. 267)

- „Es ist für niemanden lukrativ, Geld und Kapazitäten einzusetzen, um die Katastrophen zu verhindern, die die nächste Generation auslöschen. Das ist ja die Mehrwertlüge. Der Gewinn ist doch nur gepumpt. Herausgepumpt aus der Zukunft. Da kann nur noch der Hahn zuge dreht werden. Das geht nur über den geistigen Heben, also wenn das gesellschaftliche Bewusstsein die Kontrolle bekommt (und die Kontrolle will!) über die Kräfte des Marktes. So'ne Art Notstandsgesetze.“ (ebenda S. 268)

- „Früher war ich ein scharfer Gegner dieser Nischen-Philosophie. Ich meinte, in den Nischen sitzen die, die sich aus der Gesellschaft zurückgezogen haben, die sich feige aus allem raus halten. Aber heute sehe ich auch das anders. In den Nischen werden die Pfeiler errichtet, die mal sehr viel abstützen können, wenn die Welt ins Rutschen kommt. In den Nischen entstehen, aus Gründen eines wie immer zu bewertenden Individualismus, jene Technologien des Überlebens, deren Produkte, wenn sie in den Austausch kommen, unsere Existenz sichern könnten. In den Nischen wissen die Leute noch, welche Pilze man essen kann, wie die Bäume heißen und wie man ohne Chemie auskommt.“ (ebenda S. 232)

- „Und in solcher Lage gibt es zwei Möglichkeiten: Die eine ist der blanke Hedonismus, also: Ich nehme, was ich kriegen kann. Die andere Variante: Ich schraube mich total zurück und orientiere mich in meinen Bedürfnissen neu. Es geht dabei nicht um Askese, aber um Bescheidung. Das Erstaunliche ist, dass dies viel mehr Genüsse bringen kann. Allerdings bedarf es einer ständigen Wachheit. Für den normalen Alltag bedeutet das, sich ständig zu überprüfen. Bei scheinbaren Kleinigkeiten: Fahre ich zu schnell? Brauche ich das oder das? Muss ich jetzt unbedingt dies tun oder jenes?“ (ebenda S. 230)

- „Einsparung bedeutet keineswegs ein Leben in Sack und Asche. Es geht um sinn- und lustvolle, von Mitgefühl getragene Lebensstile. Es gibt eine Studie, die einen Mindest-Energiesatz festlegt, der für jeden Menschen dieser Erde gelten würde. Demnach kannst du zum Beispiel täglich zehn Kilometer fliegen oder 20 Kilometer Auto oder 50 Kilometer mit Bus bzw. Bahn fahren. Im Sommer fahre ich konsequent mit dem Fahrrad zur Arbeit. Das sind genau 20 Kilometer. Nur wenn ich zu spät dran bin, nehme ich das Auto, oder bei starkem Regen, denn das ist ja das Bescheuerte bei den West-Fahrrädern - da rutschen die Dynamos, wenn's regnet. Also rechnen wir 90 Tage im Jahr, die ziehe ich per Pedale durch. Da kann ich mir, wenn ich ansonsten bei meinem täglichen Limit bleibe, eine Autoreise von 1800 Kilometern zusammensparen oder in zehn Jahren einen Flug nach Kuba. Eigentlich reicht das. Trotzdem: Es macht ungeheure Mühe, ja es ist fast unmöglich, so ein Limit einzuhalten, und da bin ich schon einer derjenigen Spinner, die sich wirklich bemühen.“ (ebenda S. 271)

## HALTE DURCH

Halte durch, wenn 's irgendwie geht  
Bist doch ne kluge Frau  
Bist doch 'n erfahrender Planet  
Wir machen dich zur Sau

Adam hat nach dem Apfel geblickt  
Du hast ihn freundlich rausgerückt  
Wir ham uns auf dir breit gemacht  
Am Anfang hast du noch gelacht  
Wir ham von unsern hohen Rossen  
Die Wildbahn zum Highway freigeschossen  
Flora ist schon fast k.o.  
Fauna stirbt in irgendeinem Zoo

Halte durch, wenn 's irgendwie geht ...

Wir ham den Amazonaswald zersägt  
Zur Strafe hast du Afrika das Wasser abgedreht  
Ach Mama, das ist doch die falsche Adresse  
Das Abendland brauchts auf die Fresse  
Du mußt uns solange schlagen  
Bis wir lernen bitte zu sagen  
Bis wir stolz und glücklich sind  
Mit 'm Apfel und 'm Ei und 'm warmen Wind

Halte durch, wenn 's irgendwie geht...

Was kann ich für dich tun, ich weiß es nicht  
Bin zwar 'n grünes, doch 'n kleines Licht  
Und bin auch ein feindlicher Soldat  
Der schon von deiner Haut gefressen hat  
Ich steh gegen dich an der Front  
Überlaufen hab ich noch nicht gekonnt  
Doch ich bin dein treuer Sohn  
Irgendwann, da komm ich schon

Halte durch, wenn 's irgendwie geht...

## **Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: Sieben Kernaussagen zum Klimawandel**

1. Durch die Nutzung fossiler Brennstoffe, das Abholzen von Wäldern und weitere Aktivitäten setzt der Mensch große Mengen Treibhausgase frei. Die Konzentration von Kohlendioxid in der Luft ist von 280 ppm (0,028 Prozent, ppm heißt „parts per million“) in vorindustrieller Zeit auf heute mehr als 380 ppm angestiegen, den höchsten Wert seit mindestens 800.000 Jahren. Die Erdoberfläche wird dadurch einem massiven anthropogenen, „menschgemachten“, Treibhauseffekt ausgesetzt, der die globale Durchschnittstemperatur seit 1900 bereits um etwa 0,8 Grad Celsius erhöht hat.
2. Wirtschaftet die Menschheit weiter wie bisher, könnte sich das Erdklima bis zum Jahr 2100 um fünf Grad Celsius erwärmen. Das ist in etwa der Temperaturunterschied zwischen einer Eiszeit und einer Warmzeit. Aus der heutigen Warmzeit steuerten wir also auf eine „Heißzeit“ zu.
3. Durch die Erwärmung dehnt sich das Meerwasser aus und es strömt zusätzliches Schmelzwasser von Gletschern und Eisschilden in die Ozeane. Der Meeresspiegel ist im letzten Jahrhundert um 15 bis 20 Zentimeter angestiegen, in diesem Jahrhundert werden weitere 50 bis 150 Zentimeter erwartet. Die weitere Erwärmung könnte die Eisschilde auf Grönland und der Antarktis destabilisieren. In der Erdgeschichte stieg der Meeresspiegel pro Grad globaler Erwärmung um 10 bis 15 Meter an. Wie schnell das geschah, ist derzeit aber noch unklar.
4. Der anthropogene Treibhauseffekt könnte das Klimasystem der Erde über kritische Grenzen hinaus belasten, sodass wichtige Prozesse im Gesamtgefüge „kippen“ und von da an grundsätzlich anders ablaufen. Das würde das Klima ganzer Subkontinente und Meeresbecken verändern und könnte etwa das arktische Meereis und Himalaja-Gletscher abschmelzen lassen oder den Amazonasregenwald schädigen. Auch ein sich selbst verstärkender Treibhauseffekt kann nicht ausgeschlossen werden, falls das Klimasystem aufgrund der Erwärmung beginnt Treibhausgase freizusetzen.
5. Gelingt es, die globale Erwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen, ließen sich nach heutigem Stand der Forschung die gefährlichsten Folgen des Klimawandels abwenden. Dazu müsste die Konzentration aller Treibhausgase langfristig so niedrig gehalten werden, dass ihre Wirkung die von 450 ppm Kohlendioxid nicht überschreitet. Um das Zwei-Grad-Ziel erreichen zu können, muss der Treibhausgasausstoß weltweit bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts auf etwa die Hälfte des Niveaus von 1990 gesenkt werden.
6. Die notwendigen Maßnahmen zum Erreichen des Zwei-Grad-Ziels würden die globale Wirtschaftsleistung bis 2100 um insgesamt etwa ein Prozent verringern. Voraussetzung ist, dass technologische und institutionelle Innovationspotenziale voll ausgeschöpft werden. Bei einer durchschnittlichen wirtschaftlichen Wachstumsrate von drei Prozent wäre die Verzögerung des Wirtschaftswachstums am Ende des Jahrhunderts in etwa vier Monaten ausgeglichen.
7. Die Anpassung an den Klimawandel und die Begrenzung der Erwärmung auf zwei Grad Celsius erfordern eine „Große Transformation“ der globalen Wirtschaft, die auch das Stadt- und Landleben neu definiert.

<http://www.pik-potsdam.de/infothek/sieben-kernaussagen-zum-klimawandel> (05.05.2009)

**Marko Ferst**

## **Nord-Süd-Konflikt und Klimawandel. Die armen Bevölkerungsschichten wird es am schlimmsten treffen**

Diejenigen, die am wenigsten Treibhausgase verursacht haben, werden die Folgen als Erste und am härtesten zu spüren bekommen – und sie können sich am schlechtesten davor schützen. Viele Entwicklungsländer in Afrika, Asien und Südamerika werden besonders betroffen sein. Dort weiten sich extreme Unwetter viel schneller zu Katastrophen aus. Gleichwohl dürften die Folgen sehr unterschiedlich ausfallen in den einzelnen Weltregionen. Zum Beispiel sind nicht allein etliche Pazifikinseln durch einen Meeresspiegelanstieg bedroht, in Bangladesch müssten bei einem Anstieg des Ozeans um einen Meter 70 Millionen Menschen umgesiedelt werden, die Reisproduktion dort würde sich halbieren.

Laut Weltgesundheitsorganisation sterben jährlich 150.000 Menschen an den Folgen des Klimawandels. Mehr als ein Drittel der Weltbevölkerung lebt in Trockengebieten, ein Viertel der bewohnten Erdoberfläche ist von Verwüstung bedroht. Eine ungebremste globale Erwärmung trifft in zahlreichen armen Staaten auf eine bereits sehr fragile soziale Situation. Schon um 2000 registrierte man jährlich 25 Millionen Umweltflüchtlinge. Diese Ströme werden gewaltig anschwellen, wenn sich die verschiedenen Klimaauswirkungen potenzieren. Besonders in den Transit- und Zielländern solcher Fluchtbewegungen steigt die Gefahr gewaltsamer Konflikte. Auch Krisensituationen, die aus anderen Gründen bestehen, könnten sich aufschaukeln.

Während wir im Norden darüber reden, wie wir zu einer vollständigen solaren Energiewende gelangen und mit einem Bruchteil der heutigen Ressourcen auskommen können, stellen sich in vielen armen Ländern die Herausforderungen viel existenzieller dar. Ein Drittel der Menschheit lebt ohne elektrischen Strom. Ein Anschluss an zentrale Energienetze ist oft nicht in Sicht. Dezentrale Versorgung auf der Basis erneuerbarer Energien wäre oft die einzig sinnvolle Chance. Punktuell in kleinem Ausmaß sind entsprechende Programme so gefördert worden, wie in Marokko und Indien. Dies wäre eine der zentralen Aufgaben einer internationalen Agentur für erneuerbare Energien auf UN-Ebene. Zugleich müssen Institutionen wie die Weltbank dazu veranlasst werden, die finanzielle Förderung der fossilen Energieerzeugung einzustellen. Einstweilen kann aber auch eine internationale Bank für erneuerbare Energien und Energieeffizienz hilfreich sein. Gerade die Idee der Kleinkredite für Familien dürfte in diesem Bereich höchst wirksam sein, wenn damit berufliche Möglichkeiten verknüpft sind. Solange die Regierungen der Industrieländer, speziell die G8 in ihren Dokumenten, eine Perspektive anstreben, die auf ein »starkes Wirtschaftswachstum« setzt und mit einem globalen Energiebedarf rechnet, der bis 2030 noch einmal um 60 Prozent steigen würde, wird am Ende der Untergang der heutigen Zivilisation stehen.

Eine Milliarde Menschen lebt weltweit in Slums. Ein Fünftel der Erdbevölkerung hat weniger als einen Dollar am Tag zur Verfügung. Häufig bringen selbst normale Beschäftigungsverhältnisse nicht genug ein. Fast drei Milliarden Menschen verdienen zu wenig, um über zwei Dollar Einkommen am Tag zu kommen. Eine exportorientierte Landwirtschaft gefährdet allzu oft die regionale Selbstversorgung, und an anderer Stelle unterminieren hoch subventionierte Lebensmittel aus den reichen Industriestaaten den Lebensunterhalt der Bauern im Süden. Durch die stetig zunehmende Ölknappheit werden in Zukunft immer mehr Felder zu Treibstofflieferanten. Unterernährung für den Mobilitätswahn der reicheren Bevölkerungsteile wird die Folge sein.

Eine ökologische und gerechte Perspektive bedeutet, dass zuerst die eigene Versorgung sichergestellt wird, bevor man darüber hinaus Handel treibt. Doch neoliberale Strukturanpassung, Schuldenabbau im Sinne von Internationalem Währungsfonds und Weltbank führen in aller Regel zur Zerstörung sinnvoller regionaler Wirtschaftskreisläufe. Gelöst werden muss das Problem der Überschuldung der Entwicklungsländer. 2006 waren 3,2 Billionen US-Dollar aufgelaufen. Sinnvolle Perspektiven gibt es nicht ohne Schuldenerlass. Der muss freilich so geschehen, dass danach nicht neue Schulden aufgenommen werden für militärische Aufrüstung oder dass Geldflüsse nicht in korrupten Strukturen enden. Insofern sollten Erlasse an Maßnahmen für Bildung sowie an soziale und ökologische Bedingungen geknüpft werden.

Entwicklungszusammenarbeit, die auf eine nachholende Entwicklung zielt und nur die Modelle der Industriestaaten zum Vorbild nimmt, ist keine wirkliche Lösung mehr.

Es wäre völlig vermessen, wollte man den ärmsten Ländern eine Steigerung ihrer Klimagasemissionen völlig verwehren. Pro Kopf werden in Deutschland jährlich 12 Tonnen der verschiedenen Klimagase ausgestoßen. Zudem haben die Industriestaaten eine gigantische ökologische Schuldenlast aufgebaut, wenn man die Emissionen der Vergangenheit mit einbezieht. Die reichen Staaten müssen die ärmeren dabei unterstützen, dass künftig Technologien und Produkte Vorrang bekommen, die eine ressourcenleichte Wirtschaftsweise ermöglichen. Die Fehlentwicklungen in den reichen Industrieländern dürften nicht nachvollzogen werden. Das setzt voraus, dass in den Industrieländern konsequent umgesteuert wird. China produziert derzeit jährlich 2,6 Millionen PKW. Würde in Europa und Deutschland auf eine ökoefiziente und bezahlbare Bahn gesetzt, statt eine Strecke nach der anderen stillzulegen, sähen sich vielleicht auch Schwellenländer veranlasst, andere Prioritäten zu setzen.

Verantwortung übernehmen müssen die armen Länder beim Bevölkerungswachstum. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts stieg die Erdbevölkerung um jährlich 78 Millionen Menschen. Viele Entwicklungsländer haben höchste Wachstumsraten. Das zukünftige Bevölkerungswachstum hängt unmittelbar mit dem Bildungsgrad zusammen. Zugleich spielen Rentensysteme zur Absicherung im Alter eine wichtige Rolle, auch kulturelle Faktoren. Die Familien sollten zu erschwinglichen Preisen oder kostenfrei Verhütungsmittel erhalten können.

Es kann nicht darum gehen, den chinesischen Politikstil der Ein-Kind-Politik zu kopieren, der oft genug von schweren Menschenrechtsverletzungen begleitet war. Aber es macht einen gravierenden Unterschied, ob im Jahr 2050 acht oder elf Milliarden Menschen die Erde bevölkern.

Zahlreiche Faktoren verdecken im Augenblick noch das ganze Ausmaß der Klimaerwärmung. Derzeit nehmen die Ozeane rund ein Drittel des anthropogenen Kohlendioxids auf. Bei wärmeren Ozeanen sinkt die Aufnahmekapazität, und im Extremfall kann es sogar zu einer Abgabe an die Atmosphäre kommen. Gigantische Mengen Methaneis im Permafrost und an den Festlandsockeln der Ozeane hätten das Potenzial, die Erde in einen Wüstenplaneten zu verwandeln. Schmilzt der Eispanzer auf Grönland im neuen Treibhausklima, fällt unter Umständen der Nordatlantikstrom aus. Insgesamt besteht die Gefahr, dass die verhältnismäßig ausgeglichenen Klimaabläufe der letzten tausend Jahre in ein wechselhafteres Klimageschehen umschlagen mit vielen unkalkulierbaren Abläufen. Wenn ganze Klimazonen sich in Rekordzeit verrücken, bleiben viele Tier- und Pflanzenarten auf der Strecke. Im Klimawandel summieren sich Zersiedlung, Entwaldung und andere ökologische Schäden zu einer völlig neuen Größenordnung.

Besonders in Afrika und Südasien leiden Menschen an Mangelernährung, weltweit fast 850 Millionen Menschen. Seit 1950 hat das Bevölkerungswachstum zu einer Halbierung der weltweit verfügbaren Ackerfläche geführt. 40 Prozent aller Lebensmittel kommen aus Trockengebieten. Mit den zu erwartenden Klimaveränderungen werden alle Regionen, die sich nicht selbst mit Nahrungsmitteln und Trinkwasser versorgen können, unbewohnbar. Die Logik des globalen Freihandels stellt in diesem Kontext die größtmögliche Fehlentwicklung dar. Schon heute hat ein Sechstel der Weltbevölkerung keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, über 50 Länder leiden unter großer Wasserknappheit. Mehr als drei Millionen Menschen sterben jährlich durch verunreinigtes Wasser und damit verbundene Krankheiten.

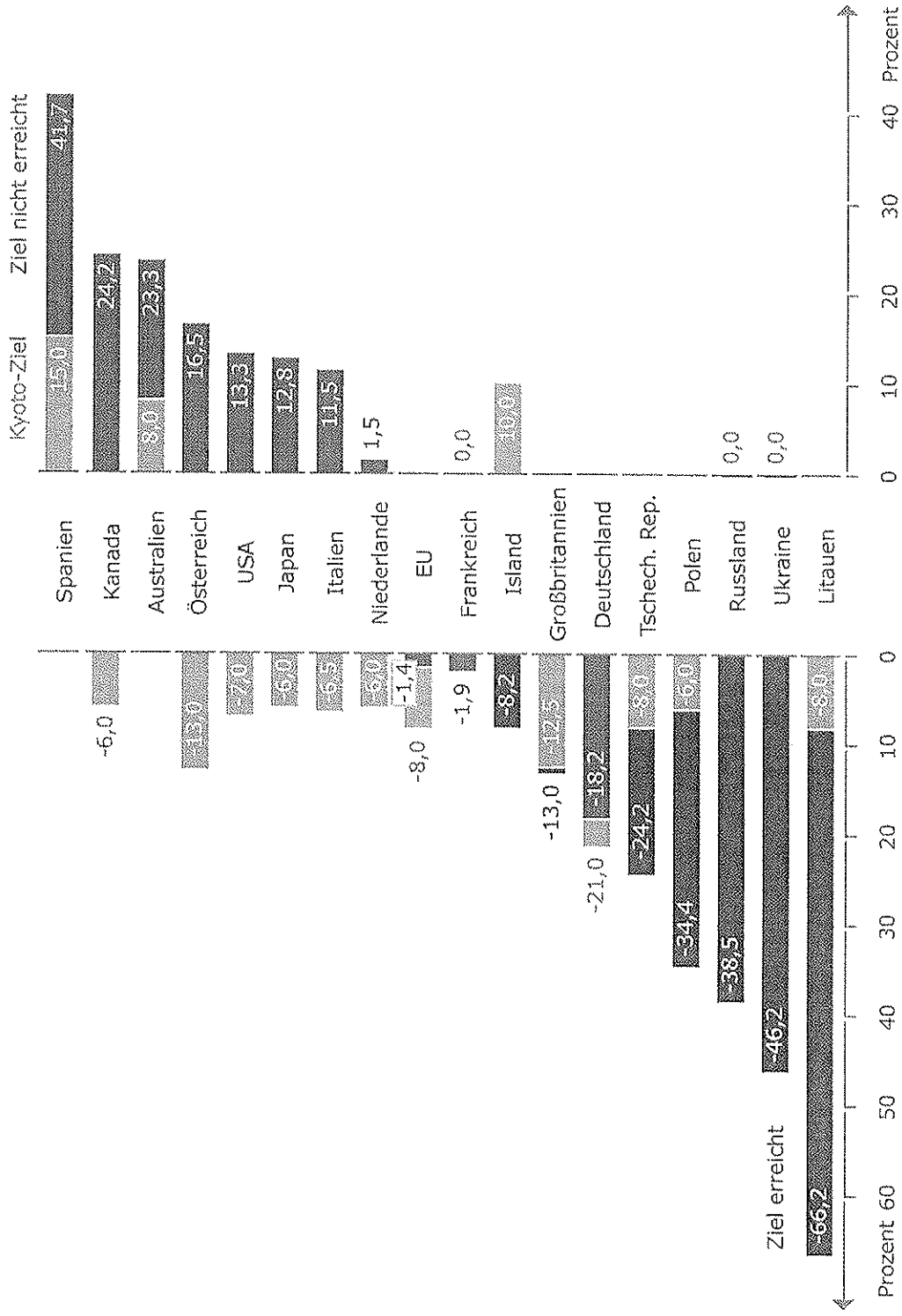
Es ist völlig klar, die globale Temperatur wird um deutlich mehr als zwei Grad steigen, selbst wenn es gelänge, sofort drastische Reduktionen in den Industrieländern durchzusetzen. Die Industrieländer müssen sich aus den Umwelträumen armer Länder zurückziehen und können nicht noch zusätzlich riesige Flächen beanspruchen für die Fleischproduktion, für pflanzliche Rohstoffe und Pflanzentreibstoffe. Das gesamte Entwicklungsmodell des Nordens steht grundsätzlich in Frage. Er müsste seine industriellen Stoffströme um den Faktor 10 reduzieren. Passiert dies nicht freiwillig, werden Wirtschaftskrisen diese Aufgabe viel radikaler umsetzen. Für viele Regionen des Südens ist deutlich erkennbar: Verändert sich das Klima weiter dramatisch, wird hier eine große Menschheitstragödie apokalyptische Ausmaße annehmen.

Quelle: [http://www.die-linke.de/index.php?id=181&tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=1785&tx\\_ttnews\[backPid\]=154&no\\_cache=1](http://www.die-linke.de/index.php?id=181&tx_ttnews[tt_news]=1785&tx_ttnews[backPid]=154&no_cache=1) (08.05.2009, gekürzt)



# Internationale Verträge – Das Kyoto-Protokoll

Veränderung der Treibhausgasemissionen 2003 gegenüber 1990, Zielsetzung für 2008/2012



Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Klimawandel, Klimawandelbericht 2005, S. 117, 118

Quelle: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Klimawandel, Klimawandelbericht 2005, S. 117, 118

# Internationale Verträge – Das Kyoto-Protokoll

## Veränderung der Treibhausgasemissionen 2003 gegenüber 1990, Zielsetzung für 2008/2012

### ▪ Fakten

Global Governance (GG), also das Konzept vom Regieren im politischen Mehrebenensystem, weist den Nationalstaaten neue Handlungsoptionen zu. Auch wenn sich an der gegenwärtigen Machtstellung der Nationalstaaten auf absehbare Zeit nichts ändern wird, müssen sich die Nationalstaaten angesichts der grenzüberschreitenden Herausforderungen zunehmend mit „geteilten Souveränitäten“ beschäftigen, wenn sie ihre politische Handlungsfähigkeit sichern wollen.

Als Vorläufer des GG-Ansatzes sind die Weltkonferenzen der Vereinten Nationen (UN), die Verhandlungsrunden der WTO aber auch die Gipfeltreffen der G7/G8-Staaten zu betrachten – trotz berechtigter Kritik an deren konkreten Ausgestaltung. Ein prominentes Beispiel ist die UN Konferenz in Kyoto, die das so genannte Kyoto-Protokoll zur weiteren Ausgestaltung der Rahmenkonvention der UN über Klimaänderungen (UNFCCC) hervorgebracht hat.

Das bis zum Jahr 2012 gültige Abkommen schreibt verbindliche Ziele für den Ausstoß von Treibhausgasen fest. Die einzelnen Staaten verpflichten sich, ihre Treibhausgasemissionen bis zum Zeitraum zwischen 2008 und 2012 im Mittel um 5,2 Prozent (bezogen auf die Emissionen im Jahr 1990) zu reduzieren. Dabei sind nicht für alle Staaten die gleichen Reduktionswerte vorgesehen – beispielsweise soll Russland seine Emissionen nur stabilisieren, Spanien darf den Ausstoß von Treibhausgasen sogar um 15 Prozent erhöhen.

Die große Aufmerksamkeit, die das Kyoto-Protokoll auf sich zieht, hängt auch damit zusammen, dass beim Klimaschutz nur ein abgestimmtes und nicht zuletzt solidarisches Verhalten die notwendigen Erfolge ermöglicht.

Das Kyoto-Protokoll konnte erst in Kraft treten, als es 55 Staaten ratifiziert hatten, die zugleich Treibhausgase in Höhe von mindestens 55 Prozent der Emissionen der so genannten Annex I Staaten ausstoßen. Den Durchbruch brachte die Ratifizierung durch Russland im November 2004. Noch kurz zuvor sah es so aus, als ob Russland aus ökonomischen Interessen bei einer Ablehnung bleiben würde. Ende November 2006 hatten das Kyoto-Protokoll 168 Staaten ratifiziert, die zusammen knapp 62 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen zu verantworten haben.

Die grundsätzlich positiv zu bewertenden Vereinbarungen des Kyoto-Protokolls werden jedoch durch verschiedene Faktoren relativiert:

- Dem Protokoll fehlen Sanktionsmöglichkeiten im Falle der Nichterfüllung der vereinbarten Ziele. Auch deshalb sind die Emissionen trotz des Kyoto-Protokolls in den vergangenen Jahren weiter deutlich angestiegen. Allein die weltweiten Emissionen des wichtigsten vom Menschen verursachten Treibhausgases Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) haben sich zwischen 1990 und 2002 von 21 auf deutlich über 24 Milliarden Tonnen erhöht.

# Internationale Verträge – Das Kyoto-Protokoll

## Veränderung der Treibhausgasemissionen 2003 gegenüber 1990, Zielsetzung für 2008/2012

- Die USA haben das Protokoll zwar unterzeichnet, eine Ratifizierung wird aber nach wie vor abgelehnt. Die USA sind wegen ihres politischen Gewichts aber vor allem wegen ihrer hohen Treibhausgasemissionen von zentraler Bedeutung für die Klimapolitik. Die USA hatten allein an den weltweiten CO<sub>2</sub>-Emissionen einen Anteil von knapp einem Viertel.
- Aus der Sicht der Klimaforschung liefert das Kyoto-Protokoll in der gegenwärtigen Form nicht den notwendigen Klimaschutz. Um gravierende Klimaänderungen in den nächsten hundert Jahren zu vermeiden, müsste der Ausstoß von Treibhausgasen auf einen Bruchteil des heutigen Ausstoßes bis zum Jahr 2100 reduziert werden. In der Zukunft muss daher der Einführung regenerativer Energien mehr Gewicht beigemessen werden, denn nur diese, insbesondere die Sonnenenergie, stehen unbegrenzt zur Verfügung.
- Bisher sind keine verbindlichen Regeln für die Zeit nach 2012 festgelegt. Auch der UN-Klimagipfel Ende 2006 in Nairobi hat die Erwartungen nicht erfüllt. Lediglich die bisherige Wirksamkeit des Kyoto-Protokolls soll in den kommenden zwei Jahren überprüft werden.

### ▪ Datenquelle

United Nations Framework Convention on Climate Change  
(UNFCCC): [www.unfccc.int](http://www.unfccc.int)

### ▪ Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

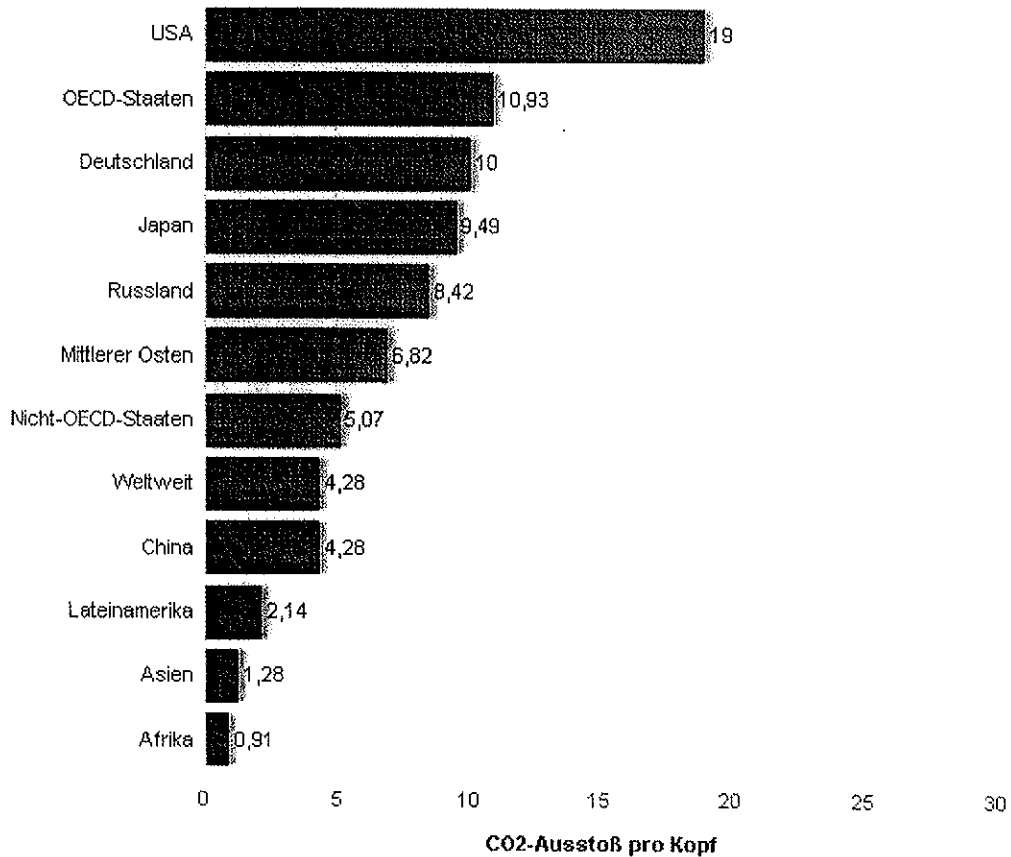
Auf der Homepage der UNFCCC sind die Annex I und die Nicht-Annex I Staaten einzeln verzeichnet.  
Genauere Angaben zu den weltweit gemessenen Durchschnittstemperaturen finden sich im Kapitel „Ökologische Probleme/Erdenwärmung“.

## Internationale Verträge – Das Kyoto-Protokoll

Veränderung der Treibhausgasemissionen 2003 gegenüber 1990, Zielsetzung für 2008/2012

	Veränderung der Treibhausgasemissionen 2003 gegenüber 1990, in Prozent	Kyoto-Ziel 2008/2012		Veränderung der Treibhausgasemissionen 2003 gegenüber 1990, in Prozent	Kyoto-Ziel 2008/2012
Spanien	41,7	15,0	EU	-1,4	-8,0
Portugal	36,7	27,0	Frankreich	-1,9	0,0
Irland	25,6	13,0	Schweden	-2,3	4,0
Kanada	24,2	-6,0	Island	-8,2	10,0
Australien	23,3	8,0	Großbritannien	-13,0	-12,5
Neuseeland	22,5	0,0	Deutschland	-18,2	-21,0
Österreich	16,5	-13,0	Tschechische Republik	-24,2	-8,0
USA	13,3	-7,0	Polen	-34,4	-6,0
Japan	12,8	-6,0	Russland	-38,5	0,0
Italien	11,5	-6,5	Ukraine	-46,2	0,0
Norwegen	9,3	1,0	Estland	-50,8	-8,0
Dänemark	6,8	-21,0	Litauen	-66,2	-8,0
Niederlande	1,5	-6,0			

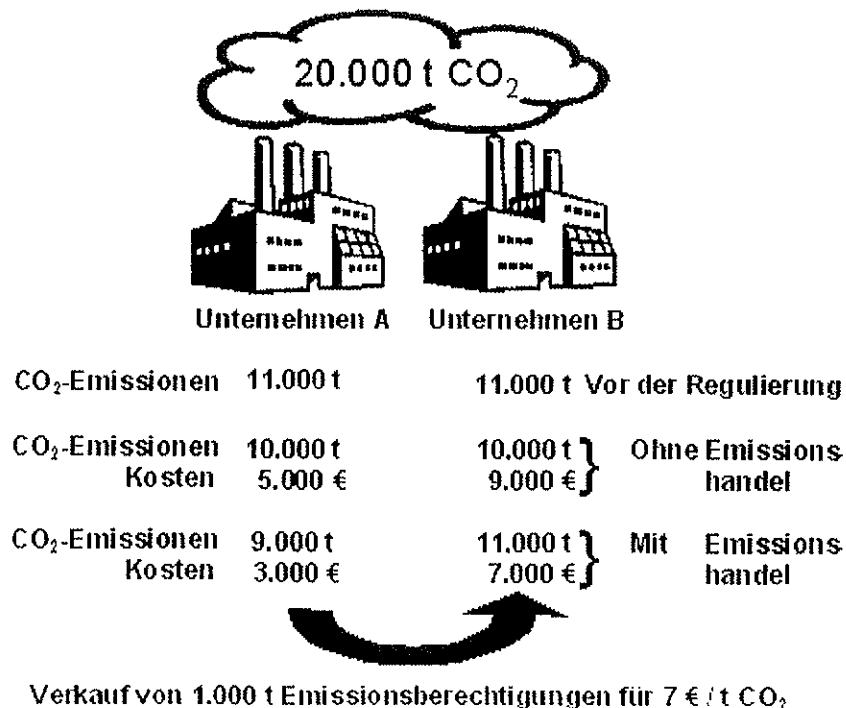
## CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kopf - Deutschland im Vergleich zu ausgewählten Ländern und Regionen



Ausgewählte Regionen und Länder;  
International Energy Agency

© Statista.org 2008  
Quelle: International Energy  
Agency

## Grundidee Emissionshandel



## **Marcel Braun: Der Emissionshandel**

### **Einführung**

Auf Grund der zunehmend spürbaren Folgen des anthropogenen Klimawandels ist dieser in den letzten Jahrzehnten immer stärker in den Fokus der Politik gerückt. Als wesentliche Ursachen des Klimawandels gelten das Verbrennen fossiler Brennstoffe und die daraus resultierenden Emissionen von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) sowie der Ausstoß weiterer Treibhausgase. Um den Klimawandel zu bekämpfen, ist das vorwiegende Ziel der Politik daher, die vom Menschen verursachte Freisetzung von Treibhausgasen zu reduzieren. Als eines der zentralen politischen Instrumente zur Senkung von Treibhausgasemissionen hat sich mittlerweile der Emissionshandel etabliert. Der Handel von Emissionsrechten ist einerseits als eines von drei flexiblen Mechanismen wesentlicher Baustein zum Erreichen der im Rahmen des Kyoto-Protokolls vereinbarten internationalen Reduktionsziele, auf der anderen Seite haben sowohl die Europäische Union als auch eine Reihe weiterer Länder Emissionshandelssysteme zur Reduktion klimaschädlicher Gase implementiert.

### **Funktionsweise des Emissionshandels**

Der Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches klimapolitisches Instrument, das zum Ziel hat, den Ausstoß klimaschädlicher Gase zu möglichst geringen volkswirtschaftlichen Gesamtkosten zu reduzieren. Dazu wird zunächst entweder durch den Staat oder durch eine andere Körperschaft eine Gesamtmenge an Treibhausgasemissionen festgelegt, die innerhalb eines bestimmten Zeitraums und innerhalb eines bestimmten Territoriums ausgestoßen werden darf. Die festgelegte Gesamtmenge wird den in einem Emissionshandelssystem erfassten Emittenten in Form von Emissionsberechtigungen zugeteilt. Die Anzahl der ausgegebenen Emissionsberechtigungen bemisst sich dabei an den historischen Emissionen des Emittenten – bezogen auf ein bestimmtes Basisjahr – abzüglich einer bestimmten Reduktionsverpflichtung. Die Emissionsberechtigungen können gratis zugeteilt oder versteigert werden.

Ein Emissionsrecht berechtigt zum Ausstoß einer Tonne Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) bzw. einer Tonne CO<sub>2</sub>-Äquivalente innerhalb der zeitlich festgelegten Verpflichtungsperiode. Am Ende der Verpflichtungsperiode muss jeder Emittent nachweisen, dass die Höhe der eigenen Emissionen durch die Menge an Emissionsberechtigungen gedeckt ist, ansonsten sind Strafzahlungen zu leisten. Innerhalb des Emissionshandelssystems haben Emittenten, die mehr emittieren als ihnen Emissionsrechte zur Verfügung stehen, jedoch die Möglichkeit, fehlende Rechte von anderen Marktteilnehmern zu erwerben, sollten diese weniger emittiert haben und ihre überschüssigen Zertifikate am Markt verkaufen. Daneben haben Emittenten, deren Emissionen unterhalb der festgelegten Obergrenze liegen, neben dem Verkauf der überschüssigen Emissionsberechtigungen auch die Möglichkeit, diese als Guthaben für die nächste Verpflichtungsperiode aufzubewahren.

### **Emissionshandelssysteme auf der internationalen und europäischen Ebene**

Praktische Anwendung findet der Emissionshandel auf verschiedenen Ebenen. Auf der einen Seite existiert der Emissionsrechtehandel zwischen Staaten, wie im Rahmen des Kyoto-Protokolls vereinbart. Auf der anderen Seite besteht eine Reihe von Emissionshandelssystemen, in denen Emissionsberechtigungen zwischen Unternehmen gehandelt werden, wie etwa innerhalb der Europäischen Union.

### **Der internationale Emissionshandel im Rahmen des Kyoto-Protokolls**

Auf der internationalen Ebene ist der Emissionshandel als eines von drei flexiblen Instrumenten innerhalb des Kyoto-Protokolls – neben Joint Implementation (JI) und dem

Clean Development Mechanism (CDM) – verankert, welches 1997 im Rahmen der internationalen Klimarahmenkonvention (UNFCCC) verabschiedet wurde. Im Kyoto-Protokoll haben sich 38 Industriestaaten verpflichtet, bis 2012 den Ausstoß von sechs Treibhausgasen (Kohlendioxid, Methan, Lachgas, Fluorkohlenwasserstoffe, Perfluorkohlenwasserstoffe und Schwefelhexafluorid) um insgesamt 5,2 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. Der zwischenstaatliche Emissionshandel ist in Artikel 17 des Kyoto-Protokolls geregelt, und teilnehmen können all die in der Anlage B des Protokolls genannten Industriestaaten.

Bis 2001 wurden die Modalitäten, Regeln und Richtlinien für den Emissionshandel im Rahmen des Kyoto-Protokolls ausgearbeitet und schließlich in den so genannten Marrakesh Accords festgehalten. Zwar startete der zwischenstaatliche Emissionshandel bereits am 1. Januar 2008, noch kann seine tatsächliche Bedeutung jedoch nicht bewertet werden.

### **Der Emissionshandel in der Europäischen Union**

Das Europäische Emissionshandelssystem (EU EHS) wurde auf Basis der am 13. Oktober 2003 verabschiedeten EU-Emissionshandelsrichtlinie am 1. Januar 2005 gestartet. Es ist das zentrale Politikinstrument der Europäischen Union zur Erreichung des Reduktionsziels aus dem Kyoto-Protokoll, in dem sich die EU verpflichtet hat, den Ausstoß klimaschädlicher Gase bis 2012 um acht Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu verringern. Um dieses Ziel zu erreichen, haben sich die Mitgliedsstaaten der EU im Rahmen der "Lastenteilungsvereinbarung" jeweils zu nationalen Klimaschutzziele verpflichtet.

Im Gegensatz zum internationalen Emissionshandel im Rahmen des Kyoto-Protokolls sind im EU-Emissionshandelssystem die Marktteilnehmer nicht Staaten sondern Unternehmen bzw. Betreiber bestimmter emissionsintensiver Industrieanlagen, welche gemäß nationaler Regeln (Nationale Allokationspläne) Emissionsberechtigungen zugewiesen bekommen. In den ersten beiden Handelsperioden zwischen 2005 und 2007 sowie zwischen 2008 und 2012 sind von der EU Emissionshandelsrichtlinie CO<sub>2</sub>-Emissionen von ausgewählten energieintensiven Industrie-sektoren (Verbrennungsanlagen, Erdölraffinerien, Koksöfen, Eisen- und Stahlwerke sowie Anlagen der Zement-, Glas-, Kalk-, Ziegel-, Keramik-, Zellstoff- und Papierindustrie) erfasst. Aktuell deckt das europäische Emissionshandelssystem etwa 11.500 Anlagen ab, die zusammen genommen rund 45 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen bzw. 30 Prozent der Treibhausgasemissionen der EU verursachen. Weitere klimaschädliche Gase und weitere Sektoren (z.B. der Flugverkehr) sollen ab 2013 in das System einbezogen werden. Die Reduktion klimaschädlicher Emissionen von Sektoren, die nicht durch den EU-Emissionshandel erfasst sind (z.B. Verkehr, Haushalte), obliegt den EU-Mitgliedsstaaten durch eigene politische Maßnahmen und Regeln.

Eine Verbindung des europäischen Emissionshandelssystems mit dem Kyoto-Protokoll besteht darin, dass sich Unternehmen Reduktionszertifikate aus Joint Implementation- und Clean Development Mechanism-Projekten anerkennen lassen können, um ihre Verpflichtungen innerhalb des EU-Systems zu erfüllen. Dies ist in der so genannten Linking-Direktive geregelt.

### **Die Entstehung eines globalen Systems verknüpfter Emissionshandelssysteme**

Neben dem unternehmensbasierten Emissionshandelssystem der EU sind jedoch auch in einer Reihe weiterer Industrieländer Emissionshandelssysteme für Unternehmen in der Diskussion bzw. bereits etabliert worden und die miteinander verknüpft werden können. So hat die EU bereits Abkommen mit Norwegen, Liechtenstein und der Schweiz geschlossen. Die Entstehung eines globalen Systems verknüpfter Emissionshandelssysteme könnte durch weitere Abkommen noch weiter voranschreiten. So bestehen beispielsweise bereits in Japan sowie in einigen australischen Bundesstaaten

weitere Emissionshandelssysteme. Andere befinden sich in der Planungsphase, etwa in Neuseeland, mehreren Bundesstaaten der USA oder einigen kanadischen Provinzen.

### **Bewertung des Emissionshandels**

Der Emissionshandel räumt Emittenten die Flexibilität ein, ihre Reduktionsverpflichtungen entweder aus eigener Kraft zu erreichen oder diese durch den Zukauf von Emissionszertifikaten zu erfüllen. Im letzteren Fall müssen andere Marktteilnehmer aufgrund der festgelegten Gesamtzahl an Emissionsrechten im System eine entsprechend größere Reduktion realisieren. Gemäß der ökonomischen Theorie stellt der Handel mit Emissionsberechtigungen sicher, dass die Reduktionsleistung dort erbracht wird, wo die Vermeidung von einer Tonne an Schadstoffemissionen am kostengünstigsten erreicht werden kann. Damit minimiert das Instrument unter Ausnutzung des Marktmechanismus die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten aller Vermeidungsmaßnahmen.

Der Emissionshandel gilt jedoch nicht nur als ein ökonomisch effizientes, sondern gleichzeitig auch als ökologisch wirksames Instrument. Aus umweltpolitischer Sicht ist die größte konzeptionelle Stärke des Emissionshandels seine "ökologische Zielgenauigkeit", da über die Festlegung der Gesamtzahl auszugebender Emissionsberechtigungen die Menge der Gesamtemissionen gesteuert wird und mit der Zeit kontinuierlich verringert werden kann. Eine Bewertung der praktischen Erfahrungen mit dem Emissionsrechtehandel in der EU kann noch nicht abschließend erfolgen, da das System noch nicht lange genug läuft. Trotzdem lassen sich einige vorläufige Erkenntnisse festhalten. Einerseits haben Treibhausgasemissionen durch den Emissionshandel einen Preis bekommen, den Unternehmen nun in ihre Kostenkalkulationen einbeziehen. Auf der anderen Seite hat der EU-Emissionshandel bisher kaum zu einer Reduzierung klimaschädlicher Gase in der EU beigetragen, so dass viele EU-Mitgliedsstaaten weit davon entfernt sind, ihre im Kyoto-Protokoll vereinbarten Reduktionsziele zu erreichen.

Dies liegt jedoch nicht in der Konzeption des Emissionshandelsinstruments bedingt, sondern ist auf die spezifische Ausgestaltung der EU-Emissionshandelsrichtlinie zurückzuführen. So bildet die EU-Richtlinie zwar einen rechtlich starken Rahmen (z.B. durch Strafzahlungen in Höhe von bis zu 100 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub> – im Gegensatz zu Marktpreisen von bisher bis zu 30 Euro), allerdings überlässt sie die Festlegung der Gesamtmenge an auszugebenden Emissionsberechtigungen den EU-Mitgliedsländern, die die Berechtigungen bislang überwiegend zu großzügig vergeben haben. Seine volle Wirksamkeit kann der Emissionshandel jedoch nur dann entfalten, wenn das Volumen der ausgeteilten Emissionsberechtigungen knapp ist. Damit zeigt sich, dass das größte Problem des Emissionshandels im politischen Umsetzungsprozess liegt, und dieser birgt die Gefahr, dass Einzelinteressen gegenüber ökologischen Zielen bevorzugt behandelt werden.

### **Literatur**

Informationsseiten des Bundesumweltministeriums zum Emissionshandel:  
<http://www.bmu.de/emissionshandel>

Informationen der Europäischen Kommission zum EU-Emissionshandel (auf Englisch):  
<http://ec.europa.eu/environment/climat/emission.htm>

Ralf Schüle (Hrsg.): Grenzenlos Handeln? Emissionsmärkte in der Klima- und Energiepolitik, München 2008.

Quelle: [http://www.bpb.de/themen/EX975S,1,0,Der\\_Emissionshandel.html](http://www.bpb.de/themen/EX975S,1,0,Der_Emissionshandel.html) (07.05.2009)



Adriane Seliger

## **Schafft den Emissionshandel ab!**

**Der Handel mit Schmutzrechten ist sinnlos, teurer und unnötig. Eine Klimagas-Steuer wäre viel effektiver. Das spart Geld. Und hilft der Umwelt**

Wenn wir schon mal dabei sind, das ganze Wirtschaftssystem umzukrempeln und den Staat als gütigen Lenker und pfiffigen Denker einzusetzen, darf ich hier kurz eine Bitte in eigener Sache loswerden: Nutzt die Gelegenheit und schafft den europäischen Emissionshandel ab. Ich habe keine Lust mehr, für ein teures, ineffizientes, bürokratisches und undurchsichtiges System zu zahlen, das zwar die Herzen einiger Volkswirtschaftler höher schlagen lässt, dem Klimaschutz aber so gut wie nichts nützt.

Also, da hätten wir auf der einen Seite ein dickes, fettes Konto bei RWE, Eon und Co, genannt *windfall profits*, dem Gemeinbürger geläufig als Mitnahmeeffekt. Das ist das Geld, das die großen Energieversorger nur wegen der Einführung des Emissionshandels zusätzlich verdient haben. Die Umweltstiftung WWF schätzt diese Profite auf 3,8 bis acht Milliarden Euro jährlich seit 2005. Die Regierung hat vorsichtshalber selbst nicht nachgerechnet, wie das Umweltministerium jetzt in der Antwort auf eine Anfrage der Linken einräumte.

In jedem Fall ist das Geld von den Verbrauchern über höhere Strompreise bezahlt worden. Die Versorger bekamen die Verschmutzungsrechte zwar geschenkt, bilanzierten sie aber als Opportunitätskosten. Und wer Kosten hat, muss auch höhere Preise verlangen, ist ja klar. Allein von März 2007 bis März 2008 stiegen die Strompreise nach Angaben des Statistischen Bundesamts um 12,4 Prozent – nicht nur, aber eben auch wegen dieser fiktiven Kosten. Ein Drei-Personen-Haushalt zahlte 2005 für Strom 54,53 € im Monat, 2008 waren es schon 63,15 €.

Dem stehen 4,4 Millionen Tonnen Treibhausgase gegenüber, die auf Grund des Emissionshandels angeblich pro Jahr eingespart worden sind. Die Zahl hat jetzt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) für die Jahre 2006 und 2007 ausgerechnet. Das klingt zwar nach viel, ist aber in der großen weiten Welt des Weltklimas ein Klacks. Deutschland blies 2007 rund 981 Millionen Tonnen Treibhausgase in die Atmosphäre. Ein Tempolimit 120 auf Autobahnen brächte nach Berechnungen des Umweltbundesamts 2,2 Millionen Tonnen Einsparung ohne einen Cent Investitionen.

### **Ein Riesenrenner ist das System nicht gerade**

Wir haben also im schlimmsten Fall acht Milliarden Euro für eine Verringerung von 4,4 Millionen Tonnen gezahlt. Das sind 1.818 Euro die Tonne. Gut, grobschlächtige Rechnung, Milchmädchen, schlimme Diffamierung, sehe ich alles ein. Aber nur mal so als Anhaltspunkt: Ich sehe nicht, dass das System ein Riesen-Renner ist.

Das DIW, das den Emissionshandel grundsätzlich verteidigt, nennt ihn im jüngsten Wochenbericht verbrämt „noch weit vom Ideal entfernt“. Eigentlich funktioniert die Theorie ja so: Für jede Fabrik und jedes Kraftwerk gibt es Verschmutzungs-Zertifikate für eine bestimmte Menge Treibhausgase. Bleibt man drunter, kann man die Zertifikate verkaufen; durchbricht man den Deckel, muss man zukaufen. Für den Klimaschutz bringt das nur etwas, wenn die Menge knapp bemessen ist und mit der Zeit sinkt.

In der ersten Handelsperiode von 2005 bis 2007 fiel die Zuteilung der Zertifikate aber „aufgrund politischer Prozesse, starkem Lobbyeinfluss und anfänglich unzureichender Datenbasis“ (DIW) so üppig aus, dass die Empfänger damit die Wände tapezieren konnten: Der Preis ging gegen Null und der Klimaeffekt eben auch. Seit 2008 hat die EU die Regeln verschärft und die Menge deutlich gedrosselt, so dass sich Industrie und Energieversorger nun eigentlich mehr anstrengen müssten – aber eben nur theoretisch.

### **Wozu die Extrawürste für Hinz und Kunz?**

Denn die vermaledeite Krise funkt nun auch in dieses sehr wetterfähige System hinein: Die Wirtschaftsleistung sinkt, der Energieverbrauch auch und damit auch der Preis für Zertifikate. Statt zwischenzeitlich über 23 Euro die Tonne kosten sie inzwischen nur noch neun Euro, Tendenz fallend.

Das Klima darf sich zwar über den erwarteten Rückgang der Emissionen um 1,5 Prozent dieses Jahr freuen, das schon. Aber dafür brauchen wir nicht dieses überregulierte System, mit seiner superkomplizierten Erfassung der Anlagen, der superkomplizierten Verteilung der Emissionsrechte, den Ausnahmeregelungen für Hinz (Freistellung energieintensiver Industrien) und den Sonderregeln für Kunz (Kohlekraftwerke in Osteuropa), wie sie jetzt für die nächste Handelsperiode ab 2013 beschlossen wurden.

Führt eine Klimagas-Steuer ein, fertig. Da weiß jeder auf dem Markt, woran er ist, und kann in klimafreundliche Technik investieren, um die Kosten zu umgehen. Und für die derzeit jährlich noch sieben Milliarden Euro entgangene *windfall profits* der Versorger – weil nun ein kleiner Teil der Zertifikate verkauft wird, gehen sie etwas zurück –, da finde ich auch noch eine Verwendung.

Quelle: <http://www.freitag.de/politik/0912-klima-emissionen-wwf-wirtschaft-klimaschutz-rwe-treibhausgas>



GLOBAL SUSTAINABILITY – A NOBEL CAUSE  
1<sup>ST</sup> INTERDISCIPLINARY SYMPOSIUM

8-10 OCTOBER 2007, POTSDAM

## Potsdam-Memorandum

Schlussfolgerungen des Symposiums

„Global Sustainability: A Nobel Cause“,  
Potsdam, Deutschland, 8. bis 10. Oktober 2007

*Wir stehen an einem geschichtlichen Wendepunkt, wo der Bedrohung unseres Planeten nur mit einer Großen Transformation begegnet werden kann. Diese Transformation muss jetzt beginnen; sie wird von allen Teilnehmern des Nobelpreisträger-Symposiums befürwortet und unterstützt.*

### Die Notwendigkeit einer Großen Transformation

Die weltweite soziale und wirtschaftliche Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg hat unseren Planeten in eine beispiellose Krisensituation gestürzt: Menschliche Aktivitäten wirken heute wie eine quasi-geologische Kraft, die die Funktionsweise des natürlichen Erdsystems tief greifend und unumkehrbar verändert – falls diese Dynamik nicht rechtzeitig gebremst wird.

Wie durch den IPCC dargelegt, ist die vom Menschen durch den Ausstoß von Treibhausgasen verursachte globale Erwärmung nur die erste in einer Reihe von Entwicklungs-, Sicherheits- und Umweltkrisen, die eine umfassende Reaktion erfordern. Doch Maßnahmen zum Klimaschutz sind scheinbar nicht mit dem vorherrschenden Wachstums-Paradigma vereinbar, denn dieses lässt den Zusammenhang zwischen menschlichem Gemeinwohl und den begrenzten natürlichen Ressourcen außer Acht. Die Menschheit steht nun vor der Aufgabe, den Ausstoß von Treibhausgasen drastisch zu verringern. Während dies eine veränderte Lebensweise in den wohlhabenden Ländern erfordert, gilt es dagegen in den ärmeren Ländern, in denen der größte Teil der Weltbevölkerung lebt, die Voraussetzungen für Wachstum im Sinne des Rechts auf Entwicklung zu schaffen. Um künftig rund neun Milliarden Menschen auf der Erde ein Leben in Würde zu ermöglichen, muss vor allem deren nachhaltige Versorgung mit bezahlbarer Energie gesichert werden. Bislang hängt die Energieversorgung jedoch fast ausschließlich von den Ressourcen an fossilen Brennstoffen und deren nicht-nachhaltigen Nutzung ab. Die Frage der „Kohlenstoff-Gerechtigkeit“ erfordert dringend eine neue Form der internationalen Zusammenarbeit.

Gibt es einen „Dritten Weg“ zwischen fortschreitender Umweltzerstörung und lähmender Unterentwicklung? Die Antwort lautet Ja, aber dieser Weg beinhaltet eine zügige und umfassende Neugestaltung unserer Industriegesellschaft. Diese Große Transformation ist eine gewaltige Herausforderung, doch sind wir gegenüber früheren Generationen im Vorteil: Wir verfügen heute über ein ausgereiftes System, Wissen zu produzieren, das prinzipiell dazu genutzt werden kann, diese Transformation unter mutiger politischer Leitung gemeinsam mit aufgeklärten Entscheidungsträgern in der Wirtschaft und der gesamten Zivilgesellschaft herbeizuführen.

## Wesentliche Herausforderungen und Handlungsstrategien auf dem Weg zur Nachhaltigkeit

*Alle Teilnehmer des Symposiums haben eindeutig den engen Zusammenhang zwischen den Herausforderungen des Klimawandels, der Energiesicherheit und einer nachhaltigen Entwicklung anerkannt. Sie unterstützen den Anspruch der Entwicklungsländer auf sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt und berücksichtigen die Wechselwirkungen zwischen Klimaschutz und den kurz-, mittel- und langfristigen Herausforderungen des Wachstums in der Welt. Dementsprechend befürworten sie ausdrücklich die in den Millennium Development Goals formulierten Konzepte für eine breit angelegte und vielschichtige Entwicklung.*

1. Um die **Stabilisierung des Klimas** zu erreichen, muss eine Reihe von wirkungsvollen Maßnahmen ergriffen werden. Von größter Bedeutung ist ein Klimaschutzabkommen für die Zeit nach 2012, das folgende Schlüsselemente enthalten sollte:
  - Eine globale Zielmarke, wie etwa eine Begrenzung des Anstiegs der globalen Mitteltemperatur gegenüber dem vorindustriellen Niveau auf 2° Celsius oder – dazu nahezu äquivalent – die Halbierung des weltweiten Treibhausgas-Ausstoßes bis 2050. Zudem ist eine Reihe von kurz- und mittelfristigen Zielsetzungen notwendig, um geeignete Investitionen und Technologien zu fördern. Dadurch verringert sich der Druck, später viel umfangreichere Maßnahmen ergreifen zu müssen.
  - Eine Führungsrolle der Industrienationen, sowohl bei der drastischen Verringerung der Emissionen als auch bei der Entwicklung kohlenstoffarmer und -freier Technologien, um Entwicklungsländern im Rahmen einer globalen Partnerschaft den dringend benötigten Raum für wirtschaftliches Wachstum zu geben.
  - Kohlenstoff-Gerechtigkeit, also die langfristige Annäherung an weltweit gleiche Pro-Kopf-Emissionsrechte durch einen mittelfristigen Ansatz, der die unterschiedlichen nationalen Leistungsvermögen berücksichtigt. Ein wichtiges Ziel wäre es, die jeweiligen Gesamtemissionen zu verringern, welche sich aus dem Produkt des Pro-Kopf-Ausstoßes und der Bevölkerungszahl ergeben. Beide Faktoren sind in diesem Zusammenhang von Bedeutung.
  - Die Etablierung eines globalen Kohlenstoff-Preises, zum Beispiel durch ein internationales Cap-and-Trade-System von Systemen, das auf der Versteigerung von Emissionszertifikaten beruht.
  - Die weltweite Förderung klimafreundlicher Innovationen und internationaler Kooperationen von Forschung und Entwicklung (R&D), in Kombination mit generell verstärkter finanzieller Förderung von Forschung, Entwicklung und Verbreitung (RD & D), einschließlich der Grundlagenforschung.
  - Wesentliche Beiträge zum Aufbau eines multinationalen Finanzierungssystems, um die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel zu verbessern.
  - Erhöhte Anstrengungen und Anreize für Kommunen und Länder, ihre Waldbestände zu bewahren und ökologisch verträgliche Wiederaufforstung zu beschleunigen, um die durch Entwaldung entstandenen Emissionen auszugleichen.
  - Die signifikante Minderung von Nicht-CO<sub>2</sub>-Treibhausgasemissionen sicherzustellen.

2. Der weltweite Energiebedarf wird erwartungsgemäß stark ansteigen. Energie-Effizienz und eine Reihe bereits verfügbarer Technologien sind der Schlüssel, dieser Entwicklung gerecht zu werden. Um **Energiesicherheit** im Einklang mit Umweltverträglichkeit zu gewährleisten, sollte sich eine internationale Strategie auf folgende Punkte konzentrieren:
  - Eine notwendige (allerdings alleine nicht ausreichende) systemische Effizienz-Revolution, welche die Substitution von Energieträgern, die Kraft-Wärme-Kopplung und eine energiesparende Lebensweise umfasst.
  - Ein Portfolioansatz, der systematisch das wirtschaftliche und technologische Potenzial aller relevanten Klimaschutz-Maßnahmen ausschöpft.
  - Die Planung von Investitionsstrategien, basierend auf diesem Portfolioansatz. Diese Investitionen sollten u. a. zielen auf intelligente Verbundsysteme, die Infrastruktur von Stromnetzen, Energie-Speichertechnologien, Nachfrage-orientierte Maßnahmen und Ausbau erneuerbarer Energien, wie beispielsweise der Solarenergie, die bereits zum jetzigen Zeitpunkt ein immenses Potenzial hat. Zusätzlich zum Handel mit Kohlenstoffzertifikaten sind Finanzspritzen erforderlich, um neue Technologien zu fördern und ihren Marktanteil zu vergrößern, z.B. durch Einspeisegesetze für die Nutzung erneuerbarer Energien.
  - Die zügige Realisierung von Demonstrationsprojekten zur fortschrittlichen Gewinnung von Solarenergie und zur Kohlenstoff-Sequestrierung, um Innovationen zu beschleunigen und Kosten zu senken.
  - Die Stabilisierung langfristiger Erwartungen von Investoren an Kapitalmärkte und die Einrichtung von Institutionen, die zur Finanzierung kohlenstoffarmer Technologien in Entwicklungsländern Mikrokredite vergeben.

## **Eine globale Zielvereinbarung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft**

Es ist unumgänglich, dass wir alle Quellen unseres Erfindungsreichtums und der Kooperation erschließen, um den Herausforderungen in den Bereichen Umwelt und Entwicklung im 21. Jahrhundert und darüber hinaus gerecht zu werden. Wesentlich dabei ist eine strategische Allianz zwischen der wissenschaftlichen Gemeinschaft und Führungskräften, Institutionen und den aktiven Bewegungen der Zivilgesellschaft. Im Gegenzug sollten die Regierungen, die Industrie und private Geldgeber in Forschungsvorhaben investieren, die nachhaltige Lösungen aufzeigen.

Dieser neue „Vertrag“ zwischen Wissenschaft und Gesellschaft muss, neben vielen anderen, vor allem drei Elemente enthalten:

1. Ein multinationales Innovations-Programm für die Sicherung der menschlichen Grundbedürfnisse (Energie, Luft, Wasser, Nahrung, Gesundheit etc.), das in vielen Aspekten über die nationalen Kraftakte der Vergangenheit hinausgeht (Manhattan, Sputnik, Apollo, Grüne Revolution etc.).
2. Abbau der hartnäckigen Bildungsgrenzen und -unterschiede durch ein globales Kommunikations-System (das von internationalen Diskursforen bis zu einem echten „World Wide Web“ digitalen Informationsflusses reicht). Insbesondere das im Aufbau befindliche „Global Earth Observation System of Systems (GEOSS)“ könnte rechtzeitig vor drohenden ökologischen oder sozialen Nachhaltigkeitskrisen warnen.
3. Eine weltweite Initiative für Forschung sowie Aus- und Fortbildung im Bereich der Nachhaltigkeit. Die klügsten jungen Menschen müssen motiviert werden, Probleme interdisziplinär zu lösen, basierend auf der beständig vorangetriebenen Exzellenz in den wissenschaftlichen Einzeldisziplinen. Ziel ist es, die nächste Generation dafür zu gewinnen, die Wissensbasis für das Wohlergehen der übernächsten Generation zu schaffen.

Ulrich Brand

## Postneoliberale Antworten auf die ökologische Krise. Eine Skizze

Angesichts des wachsenden Bewusstseins, dass die aktuelle Bearbeitung der ökologischen Krise nicht angemessen ist und die Neoliberalisierung der Natur neue Probleme schafft, beginnen sich alternative, postneoliberale Strategien und Politiken zu entwickeln. Die im Folgenden skizzierten "Typen" oder Varianten existieren nicht in Reinform. Die Entwicklungen sind ungleichzeitig und widersprüchlich - mit jeweils unterschiedlichen Implikationen für Lebensbedingungen und Gerechtigkeitsfragen.

"Postneoliberale" Strategien bedeuten dabei nicht notwendigerweise einen Bruch mit neoliberalen Politiken. Im Gegenteil sollen mit dem Begriff die *Kontinuitäten* und *Diskontinuitäten* der gesellschaftlichen Formen der Naturaneignung begreifbar werden.

Eine erste Strategie, mit den Widersprüchen des Neoliberalismus umzugehen, reagiert auf Kritik und nimmt kleine Modifikationen vor, um die schlimmsten Folgen neoliberaler Politik abzumildern, ist jedoch ignorant gegenüber den Problemursachen. Sie vertieft die Inwertsetzung immer weiterer Bereiche von Natur und Gesellschaft. Diese Strategie kann als *Rio-Typ von Politik* bezeichnet werden. Auf sozial-ökologische Probleme wird mit neuen Institutionen, mehr Effizienz in Produktion und Konsumtion, der Entwicklung "grüner Märkte" und dem Vertrauen in westliche Expertise reagiert. Dahinter stehen Vorstellungen ökologischer Modernisierung und (öko-)sozialer Marktwirtschaft. Insgesamt stellt der Rio-Typ weder die neoliberale, marktförmige Regulierung von Natur noch das "westliche" Produktions- und Konsummodell infrage.

Eine zweite, *offen gewaltförmige* Strategie reagiert auf zunehmende Konflikte um Ressourcen und auf Proteste, die dominante Formen der Naturaneignung hinterfragen. Letztere werden dann weniger durch den Markt und seine politische Einbettung strukturiert, als durch das Militär, die Polizei oder private Armeen und Sicherheitsdienste, was gegebenenfalls zu offenen oder versteckten Kriegen führt. Diese Variante kann auch als imperiale Strategie auftreten, wenn ressourcenreiche Länder nicht bereit sind, sich in den Weltmarkt zu integrieren, oder wenn die politisch-ökonomische Orientierung eines Landes durch eine größere externe Macht infrage gestellt wird.

### Verschiebungen auf dem postneoliberalen Terrain

Eine dritte, eine *roll-back*-Strategie, versucht in Ländern wie Venezuela, Bolivien und Ecuador kapitalistische Entwicklung mit kräftigen Staatsinterventionen zu redynamisieren und die regionale und soziale Integration zu stärken. Es handelt sich um eine Art "Rückkehr zum Entwicklungsstaat" (*neo-desarrollismo*), mittels derer Kapitalbewegungen reguliert, Infrastrukturentwicklung gefördert und Wachstum und Entwicklung verknüpft werden sollen. Dabei werden die Naturverhältnisse nicht notwendig verändert. Besonders in Venezuela wird die anti-imperiale Verteilungspolitik häufig als "Erdöl-Sozialismus" bezeichnet, denn sie basiert auf Ölrenten und stellt somit die Ausbeutung und Zerstörung von Natur ebenso wenig infrage wie eine angekündigte Nutzung von Atomkraft.

Schließlich befördern *emanzipatorische* "postneoliberale" Strategien - häufig mit der dritten vermischt - ein Denken und Handeln, das über die kapitalistische Vergesellschaftung, ihre

dominanten Formen der Naturaneignung und ihre Vermittlung mit patriarchalen, imperialen und rassistischen Verhältnissen hinausweist. Dies setzt ein kritisches Verständnis der gesellschaftlichen Naturverhältnisse selbst voraus. Dabei müssen sowohl die materiellen Formen der Naturaneignung durch Arbeit und Technologien als auch die symbolischen Formen, z.B. wissenschaftliche Naturverständnisse, in den Blick genommen werden. Zudem gilt es, die Pluralität der Naturverhältnisse wahrzunehmen, selbst wenn die hegemonialen Institutionen, Diskurse und Alltagspraxen suggerieren, sie seien alternativlos. Gesellschaftliche Naturverhältnisse müssen bewusst und demokratisch gestaltet werden. Was sind vor diesem Hintergrund wichtige Aspekte, um emanzipatorische Perspektiven in der Krise des Neoliberalismus zu stärken?

*Erfahrungen ernst nehmen.* - Es gibt vielfältige nicht-kapitalistische Naturverhältnisse sowie mannigfaltige Widerstände gegen die herrschende Naturaneignung. In vielen Teilen der Welt waren die Naturverhältnisse nie vollständig modern und kapitalistisch. Gleichwohl zielten neoliberale Strategien darauf ab, diese Regionen mehr oder weniger gewaltförmig in den Weltmarkt zu integrieren und die Naturverhältnisse entsprechend zu transformieren.

*Formen und Inhalte ökonomischen Wachstums in Frage stellen.* - Der Wohlstand der Nationen wird unter kapitalistischen Bedingungen vom ökonomischen Wachstum mitbestimmt, das jedoch auf der Degradation der natürlichen Lebensgrundlagen und der Ausbeutung weniger konkurrenzfähiger Regionen und Bevölkerungsgruppen basiert. Die Alternative ist nicht einfach ökonomische Schrumpfung. Stattdessen muss die mit der kapitalistischen Lebensweise verbundene Rationalität, die in Wissenschaft und Technologie, in politische Institutionen und Subjektivitäten eingeschrieben ist, umfassend transformiert werden. Dasselbe gilt für die Ausblendung reproduktiver, nicht monetär entlohnter Tätigkeiten aus dem herrschenden Wirtschaftsverständnis, die damit verbundene Krise der Reproduktion und die Folgen für die Geschlechterverhältnisse.

*Verknüpfungen schaffen.* - Die Aufspaltung von Politik in verschiedene Felder ist eine wichtige Technik der Stabilisierung bürgerlich-kapitalistischer Herrschaft. Hier hat die 2007 ausgebrochene Finanzmarktkrise widersprüchliche Implikationen für die gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Das Wegbrechen von Teilen der Exportmärkte für weltmarktorientierte Landwirtschaften im globalen Süden kann emanzipatorische Bewegungen stärken, da der Druck auf die Inwertsetzung von Land geringer wird. Umgekehrt rutscht Umweltpolitik auf der politischen Agenda nach unten. In der EU fordern einige Regierungen, Klimapolitik angesichts der Finanz- und Konjunkturkrise aufzuweichen. Dagegen gilt es, emanzipatorische Perspektiven der Naturaneignung und Geschlechtergerechtigkeit zu verknüpfen, bezogen auf Ungleichheiten in der Verursachung von Umweltproblemen, auf das Tragen der Folgen und auf die Möglichkeiten, auf die herrschenden Umweltpolitiken Einfluss zu nehmen.

## **Praktische Kritik der Naturbeherrschung**

*Staatliche Politik ist wichtig.* - Emanzipatorische Politik muss als demokratischer Transformationsprozess begriffen werden, der auf eine gerechtere, auf Solidarität basierende Welt hinwirkt - jenseits des Dogmas von Wettbewerbsfähigkeit und Profitabilität. Diesbezüglich sind Staat und zwischenstaatliche Politik eher Teil des Problems als der Lösung. Die Erfahrungen in Lateinamerika zeigen jedoch, dass auch emanzipatorische Strategien darauf angewiesen sind, ihre Anliegen rechtlich zu kodifizieren und sie finanziell, diskursiv und physisch abzusichern. Es bedarf also weiterhin sowohl der Kritik staatlicher Politiken als auch eines linken Staatsprojekts.

*Sozial-ökologische Konflikte als Ausgangspunkte.* - Die ambivalente Politisierung der ökologischen Krise schafft Raum für veränderndes Denken und Handeln. Es geht um mehr als symbolisches, innerhalb des bestehenden gesellschaftlichen Rahmens verbleibendes globales Ressourcenmanagement: Es geht um Fragen der Demokratie und der gesellschaftspolitischen Entscheidungsfindung, um die Verfügungsmacht über gesellschaftliches Wissen und um die Mittel gesellschaftlicher Reproduktion, die Aufwertung reproduktiver Tätigkeiten und vieles mehr. Der *Rio-Typ von Politik* brachte kritische Akteure wie NGOs in die Rolle von Lobbyisten und aufgeklärten Warnern. Eine radikale Kritik an den Herrschaftsverhältnissen wurde denunziert oder verfolgt. Die Konfliktfähigkeit der Beherrschten zu erhöhen, und damit ihre gesellschaftliche Relevanz, spricht nicht gegen Lobbying und Kooperation. Doch emanzipatorische Politik darf sich nicht auf letztere konzentrieren.

*Umweltgerechtigkeit.* - Dieser Begriff wird zu einem wichtigen Orientierungspunkt sozial-ökologischer Konflikte. Er bezieht sich im Unterschied zum eher technokratischen Verständnis von nachhaltiger Entwicklung auf den umstrittenen Charakter gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Viele Umweltprobleme sind nicht gesellschaftlich neutral, sondern betreffen verschiedene soziale Gruppen, Regionen und Gesellschaften unterschiedlich. Die in den USA entstandene Bewegung für Umweltgerechtigkeit (*environmental justice*) kritisiert etwa, dass industrielle Produktion und Giftmüll eher in den Stadtteilen zu finden sind, in denen arme und schwarze Menschen leben. Solche Verteilungsfragen stehen auch im Zentrum der internationalen Debatte um den "Environmentalism of the poor". Eine politische Konsequenz dieser Ansätze kann sein, nicht nur die negativen Umweltauswirkungen gerechter zu verteilen, sondern die transnational dominanten Formen der Produktion, Distribution und Konsumtion zu hinterfragen und die machtförmige Rahmung von Umweltproblemen aufzubrechen.

*Radikale Realpolitik.* - Forderungen und Vorschläge aus den Bewegungen können breite gesellschaftliche Debatten beeinflussen und Handlungsspielräume eröffnen. Ein zentrales Konfliktfeld stellen Privatisierungen staatlicher Unternehmen dar. Diese wären mit Umweltfragen und der demokratischen und nachhaltigen Aneignung von Natur zu verknüpfen. Wichtig sind auch radikale Antworten auf die Frage, wie die unmittelbaren Bedürfnisse der Lohnabhängigen nach günstigem Essen, billiger Energie und anderen Waren, die meist umweltzerstörend produziert werden, transformiert werden können. Dafür gilt es am gesellschaftlichen Alltagsverstand anzuknüpfen: Einen Einstiegspunkt bieten etwa hohe Energiepreise und damit einhergehende enorme Profite der Energieunternehmen oder die vielen Kämpfe gegen die Privatisierung kommunaler Stadtwerke.

*Lernprozesse und Demokratie.* - Die (schrumpfenden) Mittelklassen der westlichen Länder und die wachsende Zahl "neuer KonsumentInnen" des globalen Südens profitieren von der globalisierten Naturausbeutung. Man könnte von einer tief verankerten imperialen Subjektivität sprechen, die ausblendet, dass ihr Leben auf sozial-ökologischen Verwerfungen in anderen Teilen der Welt basiert. Es geht daher um die Transformation der hegemonialen Produktions- und Konsumnormen. Emanzipatorisches Handeln versucht, alternative Lebensweisen zu stärken bzw. zu entwickeln - durch Kooperation, Lernprozesse und, wo notwendig, Konflikte. Dann stellen sich Fragen der Demokratie: Wer entscheidet über Investition und Produktion, wer verfügt über die entsprechenden Mittel und das Wissen? Technologieentwicklung etwa, getrieben von kapitalistischer Konkurrenz und verbunden mit dem vorherrschenden instrumentellen wissenschaftlichen Wissen, muss zum Gegenstand demokratischer Entscheidungen werden.



## Nötige Politisierung der ökologischen Krise

Das "postneoliberale" Terrain ist nicht vollständig offen, sondern durch historische Entwicklungen und Kräfteverhältnisse vorstrukturiert. Es ist jedoch kontingent, und in Krisen finden Verschiebungen statt. Wenn die ökologische Krise, ihre Erzeugung, Wahrnehmung und Bearbeitung nicht mit einer praktischen Kritik der Naturbeherrschung verknüpft wird, dann bleibt Umweltpolitik ein Programm für die aufgeklärten "Mittelschichten" und es könnte ein "grüner Kapitalismus" entstehen, der weiterhin alltägliche Zumutungen, Ausbeutung von Erde und Mensch sowie frustrierende Lebensperspektiven für die Mehrheit der Menschen mit sich bringt.

Im Unterschied zu den 1970er und 80er Jahren scheint es derzeit keine relevanten emanzipatorischen Kräfte zu geben, welche die ökologische Krise als *gesellschaftliche* Krise politisieren. Doch genau das könnte sich in der aktuellen Konstellation ändern, indem unterschiedliche Konfliktlinien und emanzipatorische Ansprüche aufeinander bezogen, Potenziale und Widersprüche ausgelotet sowie praktische Vorschläge mit über die Verhältnisse hinausweisenden politischen Zuspitzungen verknüpft werden. Daran intellektuell wie politisch-praktisch zu arbeiten, wird eine der Hauptaufgaben linker Politik in den kommenden Jahren sein.

*Der vorliegende Text ist gekürzt und bearbeitet worden und erschien zuerst in der Zeitschrift Das Argument (Nr. 279). Dort finden sich auch die Literaturverweise des Textes.*

*Quelle: [http://www.akweb.de/ak\\_s/ak536/30.htm](http://www.akweb.de/ak_s/ak536/30.htm)*